

09.02.2022

Kleine Anfrage 6405

der Abgeordneten Eva-Maria Voigt-Küppers und Dr. Dennis Maelzer SPD

Wie steht es um die tatsächliche Umsetzung der Beteiligungsrechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in NRW?

Der Landtag NRW hat am 9. September 2021 über den Antrag „NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!“ (Drs.17/14941) der SPD-Fraktion diskutiert.

In seinem Redebeitrag hat Dr. Joachim Stamp, Minister für Familie, Kinder, Flüchtlinge und Integration angemerkt: „So entspricht die Behauptung, es gebe im Land keine systematische Einbeziehung junger Menschen, nicht den rechtlichen Grundlagen und der Praxis in Nordrhein-Westfalen. (...) Die Service-Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen beim LWL-Landesjugendamt geht davon aus, dass aktuell in über 100 Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen Kinder und Jugendliche bei Jugendthemen mitbestimmen können. In der Praxis findet in landesweit 80 repräsentativen Kinder- und Jugendparlamenten sowie durch das Mitwirken von Selbstorganisationen junger Menschen, zum Beispiel in Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII, aktive Beteiligung statt.“ (vgl. Plenarprotokoll 17/141, S. 70). Allerdings hat NRW 396 Kommunen.

Bei der systematischen Beteiligung und Partizipation junger Menschen in NRW geht es darum, ihnen selbst eine Stimme zu geben und dafür zu sorgen, dass sie nicht nur gehört werden, sondern ihre Anliegen tatsächlich Berücksichtigung finden und sie selbst Gestaltungsmacht erhalten. Dafür muss eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik, nicht nur in einzelnen Kommunen, sondern auch auf Landesebene strukturell und krisenfest verankert werden. Dies kann effektiv nur dann gelingen, wenn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene vielfältige, in ihrer Lebenswelt verankerte Partizipationsformate nutzen können. Um eine möglichst repräsentative Beteiligung junger Menschen zu erreichen, braucht es eine Kinder- und Jugendstrategie für NRW, deren Entwicklung und Behandlung als Querschnittsaufgabe auch auf politischer Ebene entsprechend hoch priorisiert wird.

Das Europäische Jahr der Jugend 2022 (Drs. 17/15878) wäre eine hervorragende Gelegenheit, zu demonstrieren, dass es NRW ernst meint mit der Partizipation junger Menschen (Protokoll der Debatte 17/155 ab S. 73). CDU und FDP-Fraktion haben den Antrag jedoch abgelehnt.

Die Stellungnahmen der Sachverständigen und die Anhörung des Antrags am 9. Dezember 2021 (vgl. hier das Ausschussprotokoll) haben deutlich gezeigt, dass alle Expertinnen und Experten im Grundsatz eine Kinder- und Jugendstrategie und das dahinter liegende Ziel unterstützen. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass die Etablierung eines Landesjugendparlaments, wie es CDU und FDP ohne Vorabstimmung mit den

Datum des Originals: 09.02.2022/Ausgegeben: 10.02.2022

Jugendverbänden gefordert haben¹, ohne Sachverständige dazu zu hören (vgl. Drs. 17/135), eine Kinder- und Jugendstrategie nicht ersetzt. Dabei ist es wichtig, nicht die Strukturen der Erwachsenenpolitik auf Kinder und Jugendliche zu übertragen.

Wir möchten Sie daher um die Beantwortung der folgenden Fragen bitten:

1. Wie ist der aktuelle Stand des Konzepts für ein Landesjugendparlament?
2. Wie gewährleisten Sie, dass das Landesjugendparlament die Lebenslagen aller jungen Menschen in NRW repräsentativ abbilden wird?
3. Wird das gesetzliche Erfordernis der Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen nach § 6 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (3. AG-KJHG – KJFöG) in der Praxis auf kommunaler bzw. auf Landesebene erfüllt?
4. Inwiefern werden Fachkräfte im Kinder- und Jugendbereich dafür ausgebildet, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu befähigen, gesellschaftlich zu partizipieren bzw. ihre Lebenswelt selbst mit zu gestalten?
5. In welchem Umfang konnten die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit während der Pandemie aufrecht erhalten werden?

Eva-Maria Voigt-Küppers
Dr. Dennis Maelzer

¹ https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2021/06/Positionierung_Antrag-Jugendparlament-1.pdf, abgerufen am 02.02.2022